

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Bericht aus den USA I

Der Vietnamkrieg, seit nun drei Jahren völlig amter amerikanischer Regie, lastet heute als erheblicher Störungsfaktor auf allen Gebieten der amerikanischen Gesellschaft. Man muß diesen noch immer ausweglosen Kampf im Hintergrund allen Geschehens sehen, wirtschaftlich, politisch, sozial, geistig.

Die Auswirkung ist nicht katastrophal, wohl aber bedrückend, abwürgend, lähmend. Der Stand der Produktivität ist so hoch, daß die militärischen Ausgaben, obwohl sie nun etwa 10 vH des Nationalprodukts ausmachen, auf absehbare Zeit hinaus tragbar sind. Aber für viele brennende soziale Aufgaben bleibt nicht genug übrig, beziehungsweise es fehlt im Kongreß und in entscheidenden Bevölkerungsschichten die Bereitschaft, die dazu erforder-

lichen Mittel verfügbar zu machen. So kommt es zu einem Kampf um Prioritäten, der viele soziale Energien verzehrt und u. a. im Januar 1968 zum Rücktritt des Ministers für Gesundheits- und Erziehungswesen, *John Gardner*, geführt hat. Die Folge ist eine Labilität der Gesellschaft, die sich in mancherlei Erscheinungen offenbart.

Sie hat u. a. begonnen, die *Stabilität der Währung* in Zweifel zu setzen. Dafür ist an sich das — durchaus willkürliche — Verhältnis des Dollars zum Gold kein Maßstab. Die restliche sogenannte Golddeckung der Banknoten wird abgeschafft werden, und das wird zusätzliche 11 Md. Dollar in Gold zur Verrechnung mit fremden Staatsbanken freisetzen. Das braucht an sich nicht an der Stabilität der Währung zu rütteln. Eine Abwertung aber wäre sinnlos, denn die Position Amerikas in der Welt, und damit des Dollars in der Weltwirtschaft, ist eine solche, daß alle westlichen — und zu einem Teil die östlichen — Währungen und Wirtschaftsgebilde auf Gedeih und Verderb mit der amerikanischen Wirtschaft verbunden sind. Freilich lieber auf Gedeih, und die amerikanische Wirtschaftsführung der sech-

ziger Jahre konnte bis vor kurzem dieses erzwungene Vertrauen auch meist rechtfertigen; gelang es doch der sogenannten *New Economics*, der amerikanischen Version des "Keynesianismus", einen stetigen Konjunkturaufschwung mit einer minimalen Steigerung des Preisniveaus zu verbinden und international ein Klima schaffen zu helfen, in dem der Warenaustausch angeregt, das Gefälle des Lebensstandards etwas eingeebnet wurde.

Unter dem Druck des Vietnamkriegs hat die amerikanische Wirtschaftspolitik in den letzten zwei Jahren vieles von ihrer Elastizität, Voraussicht und Autorität eingebüßt, wie sich neuerdings vor allem im Hin und Her der Steuerpolitik zeigte. So kann die Welt nur hoffen, daß es bald genug gelingt, die kürzlich geschaffene internationale Währungsreserve fest genug zu etablieren, in der der Dollar wohl das Rückgrat, aber nicht das allein ausschlaggebende Element darstellt.

Der *inflationäre Druck* hält sich noch immer in einigermaßen tragbaren Grenzen; aber die Lebenshaltungskosten stiegen 1967 erneut wie im Vorjahr um über 3 vH, und alle Anzeichen deuten auf eine ähnliche Steigerung für 1968. Dagegen hatte sich im vorhergehenden Jahrzehnt die jährliche Erhöhung auf etwa 1,5 vH beschränkt, ein nicht nur tragbares, sondern im Grunde wünschenswertes Tempo.

Dabei ist das gegenwärtige Konjunkturbild keineswegs glänzend. Das *Nationalprodukt* stieg 1967 nur um etwa 5,5 vH auf etwa 790 Md. \$, nach Anrechnung der Preissteigerung ein echtes Wachstum von nur 2,5 vH. Für 1968 ist ein ähnliches Gesamtbild zu erwarten.

Normalerweise wäre ein Konjunkturrückgang, wie er sich von Ende 1966 bis Ende 1967 vor allem in der *Industrieproduktion* bemerkbar machte (sie fiel um etwa 1 vH), mit einer Senkung zumindest der Großhandelspreise verbunden. Diese aber stiegen diesmal — wenn auch nicht auf allen Gebieten — fast ebenso sehr wie die Lebenshaltungskosten.

Hauptursachen für diese Stagnation waren die — in diesen Blättern (Februar 1967) entgegen allen damaligen Prognosen vorhergesagte — Einschränkung der *Kapitalinvestitionen* und der Abbau der überhöhten *Lagerbestände*, vor allem in Dauer-Konsumgütern (Autos, usw.). Auf beiden Gebieten ist für 1968 keine Besserung zu erwarten. Die Industrie arbeitet heute nur zu etwa 83 vH ihrer Kapazität (gegen 91 vH vor einem Jahr), und der Absatz von Dauer-Konsumgütern leidet u. a. unter den hohen Zinssätzen, die die Kreditkäufe verteuern. Der *Baumarkt* hat sich trotz der hohen Zinssätze 1967 einigermaßen von dem drastischen Rückgang (um ein Drittel) im Jahre 1966 erholt und dürfte sich 1968 auf dem gleichen Niveau bewegen. Denn der *Kapitalmarkt* ist wesentlich flüssiger geworden, bei unverändert hohen Zinssätzen, welche nö-

tig sind, um den Kapitalabfluß ins Ausland einzudämmen. Sie wirken andererseits anregend auf die Spartätigkeit, die von 5,5 vH auf 7 vH des verfügbaren Einkommens stieg.

Der *Arbeitsmarkt* konnte den jährlichen Zuwachs von etwa 2 Millionen im wesentlichen absorbieren, unterstützt vom Einzug in die Armee. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 72,9 auf 74,4 Millionen; die Arbeitslosigkeit hielt sich, mit geringen Schwankungen, auf nicht ganz 4 vH. Dabei ist freilich weiterhin die Arbeitslosigkeit unter den Negern über doppelt so hoch, unter Jugendlichen unter 20 über dreimal so hoch, um bei den in Großstädten konzentrierten jungen Negern auf 30—50 vH zu steigen.

Der durchschnittliche *Wochenlohn* stieg von 98,70 \$ 1966 auf etwa 102 % 1967. Nach Anrechnung der erhöhten Lebenshaltungskosten zeigt sich freilich, daß die Netto-Wochenlöhne (nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben) seit 1965 nicht mehr gestiegen sind. Da die Arbeiter in den gut organisierten Industriezweigen zweifellos besser abschneiden, ist anzunehmen, daß der Lebensstandard der Arbeiter in den weniger begünstigten Industrien sich in den letzten drei Jahren etwas gesenkt hat. Die am 1. Februar 1968 eingetretene Erhöhung des gesetzlichen Mindest-Stundenlohns auf 1,60 % wird vielleicht zur Verbesserung der Lage in diesen untersten Lohnstufen etwas beitragen. Im Laufe des Jahres werden außerdem etwa 7 Millionen Arbeiter vertraglich vorgesehene Lohnerhöhungen bekommen und weitere 4 Millionen stehen vor neuen Tarifverhandlungen; davon sind die wichtigsten in der Stahl- und Aluminium-Industrie, im Flugzeugbau und in der Herrenkonfektion.

Wenn die Stimmung der Arbeiter im letzten Jahr ein Maßstab ist, werden diese Verhandlungen nicht ohne Streiks abgehen. 1967 sah größere Streiks in der Autoindustrie (Ford), bei den Lehrern in New York und einigen anderen Städten, und im Kupferbergbau (hier nun schon im 8. Monat). Bei letzterem ging es nicht nur um Löhne, sondern vor allem um das Recht auf firmenweite Tarifverhandlungen. Der Lehrerstreik war typisch für die zunehmende gewerkschaftliche Radikalisierung der Angestellten in öffentlichen Betrieben — einer der wenigen Zweige, wo die gewerkschaftliche Organisation noch nennenswerte Fortschritte macht. Die vielversprechende erstmalige Erfassung von Landarbeitern in Kalifornien konnte 1967 sich zwar konsolidieren, aber nicht wesentlich ausbreiten.

Die *öffentlichen Ausgaben* stiegen von 154 auf 176 Md. Dollar (einschließlich Sozialversicherungen), oder von 21 vH auf über 22 vH des Nationalprodukts. Durch die Kosten des Vietnamkriegs sind zum ersten Mal seit Jahren die Ausgaben der Bundesregierung höher als die der Einzelstaaten und Gemeinden. Für

das Etatjahr wird ein Defizit von über 20 Md. \$ erwartet. Der zur teilweisen Dekkung dieses Defizits von der Bundesregierung beantragte 10prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer wurde, bisher vom Kongreß nicht bewilligt. Der Vorsitzende des zuständigen Komitees, ohne dessen Zustimmung die Gesetzesvorlage kaum Chancen hat, ist mit den Abstrichen am Zivil-Budget, und das heißt hauptsächlich an den Sozialausgaben, noch nicht zufrieden. Aber auch so steigt die Steuerbelastung unaufhaltsam, vor allem weil die Einzelstaaten und Gemeinden ihre Steuern ständig erhöhen, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, die an sie durch die sich ständig verschärfenden Probleme der Großstädte gestellt werden (Gesundheitspflege, Erziehung, Polizei, Massentransportsystem).

II

Der Krieg in Vietnam hat die *sozialen Spannungen* im Land zwar nicht hervorgerufen, aber zugespitzt und verschärft. Er begann in seinem heutigen massiven Umfang im Frühjahr 1965, zu einem Zeitpunkt, wo die *Civil Rights Kampagne* zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Neger ihre gesetzgeberischen Ziele im wesentlichen erreicht hatte und vor der viel schwierigeren Aufgabe stand, das Recht auf gute Jobs, gute Erziehung, gute Behausung auch konkret durchzusetzen.

Zu den unerhörten Schwierigkeiten dieser Aufgabe, die an die etablierten ökonomischen Interessen weiter, Kreise stößt, trat nun noch der Umstand, daß, je mehr Mittel die Kriegführung verschlingt, desto weniger für diese akuten sozialen Ausgaben zur Verfügung stehen. Die Erwartungen der Neger sind gestiegen, ihre Geduld ist erschöpft. Kein Wunder, daß sich die verschärften Spannungen in einer Reihe von verzweifelten Ausbrüchen in nördlichen Großstädten entluden, in deren verfallenden Zentren die Neger in Ghettos geballt wohnen. Als diese Ausbrüche 1967 auch ein ganzes Viertel im Zentrum von Detroit zerstörten, einer Stadt mit ausgesprochen liberaler Verwaltung und Polizei, da begann zum ersten Mal auch die Geschäfts- und Industrielwelt sich ernsthaft mit dem Problem zu befassen.

Trotzdem sind unmittelbar greifbaren Resultaten enge Grenzen gesetzt. Nicht nur durch den begrenzten Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel, sondern auch dadurch, daß vielen Negern noch die Vorbedingungen fehlen, die sie zur Ausfüllung eines soliden Arbeitsplatzes befähigen würden. Und die untersten Stufen der Hilfsarbeit sind für die jungen Neger mit dem Stigma des „Nigger-Jobs“ belastet; mit diesen wollen sie sich nicht länger abspeisen lassen. So ist es beinahe unvermeidlich, daß sich die Explosionen im kommenden Sommer in vielen Städten wieder-

holen werden. Insoweit man das Übel nicht an der Wurzel packen kann, wird manches Palliativ versucht: die Erfassung der aktiven jungen Neger in den verschiedenen Organisationen der Armutsbekämpfung und dadurch ihre Mobilisierung zu positiven Aufgaben oder immerhin ihre Korruption; das Training der Polizei einerseits im Verständnis für die Probleme der rassischen Minderheiten, andererseits in der Niederwerfung oder Verhinderung von künftigen Ausbrüchen.

Zusammen mit der starken Zunahme der *Verbrechen* (zum guten Teil durch den steigenden Drogenkonsum) haben diese Spannungen eine tiefe Unsicherheit im Großstadtleben hervorgerufen, die weiten und bedenklichen Umfang erreicht hat. Diese Unsicherheit für Leib und Leben und Eigentum (natürlich am größten in den Negervierteln selbst) wird von den Republikanern zu einem billigen Vorwurf in der Wahlkampagne verwendet. Aber sie ist ein echtes Problem; in vielen Straßen und Parks von New York und anderen Großstädten können sich besonders Frauen nicht mehr sicher fühlen, und dies nicht nur abends.

Merkwürdigerweise hat der Umstand, daß die Studentenschaft weitgehend vom Militärdienst befreit war und das Heer dadurch mehr oder weniger ein Klassenheer wurde, nicht zur Verschärfung der sozialen Spannungen beigetragen. Die Desolidarisierung mit dem „Establishment“ beschränkt sich auf den relativ kleinen Kreis von „Black Power“ und hat die Masse der Neger nicht erfaßt. Vielmehr treffen sich die Propagandisten der „Schwarzen Macht“ in ihrer antiamerikanischen Position mit der radikalen Studentenschaft, welche zusammen mit den jüngeren College-Professoren den Kern der aktiven Opposition gegen die Vietnampolitik *Johnsons* stellt.

Dieser aktive Kern spricht aus — und versucht durch Demonstrationen und Protestaktionen aller Art zu bekräftigen — was in weiteren Kreisen mehr eine vage Besorgnis, ein *Unbehagen*, eine Frustrierung durch den Verlauf des Krieges ist. Dieses Unbehagen ist zweifellos ein Ausdruck der Erkenntnis, daß dieser Krieg offenbar militärisch nicht zu gewinnen ist; es hat sich heute so weit verbreitet, daß es von den Politikern in Rechnung gesetzt werden muß.

Freilich kann sich inner- wie außenpolitisch in diesen Monaten manches ereignen, um die Wählerstimmung so oder so zu beeinflussen. Jedenfalls wird die diesjährige Präsidentschaftswahl, wie so vieles andere, weitgehend unter dem Zeichen des Vietnamkrieges stehen.¹⁾

Nachwort: Seit Abfassung dieses Berichts, kam es zu der großen Vietkong-Offensive in den Städten von Südvietnam und zur Belagerung der Gebirgsposition in KheSan. Unmittelbar scheinen diese Ereignisse in den USA keine-

1) Anm. der Red.: Dieser Bericht wurde geschrieben, bevor Robert Kennedy seine Kandidatur bekanntgab.

wesentliche Verschiebung, allenfalls eine Verhärtung der Positionen herbeigeführt zu haben. Auch scheint man ihnen nicht, oder noch nicht, die überragende Bedeutung beizumessen, die sie in den Augen der Welt haben.

Doch sollte man annehmen, daß die nun offenbar gewordene Aushöhlung der politischen Machtstruktur in Südvietnam allmählich zu neuen Einsichten und zu einer neuen Strategie führen müßte. Einstweilen stellt man freilich General *Westmoreland* weitere 50 000 bis 100 000 Mann zur Verfügung und hat in diesem Zusammenhang die Wehrdienstbefreiung der Studenten aufgehoben. Diese Maßnahme stößt auf starken Widerstand der Studentenschaft und der Universitäten, ein Umstand, der den politischen Druck zu einer konzilianteren Haltung nicht wenig verstärken dürfte.

Die Bereitschaft zu Verhandlungen — und damit letzten Endes zum Eingeständnis der Niederlage — ist freilich durch die Erinnerung an die innerpolitischen Auswirkungen der Niederlage der Chinapolitik vor zwanzig Jahren beeinträchtigt. Man fürchtet (nicht mit Unrecht), daß die Suche nach einem Sündenbock für die unvermeidlichen Zugeständnisse zu einer neuen Welle der Reaktion führen könnte, gegen die der *McCarthyismus* seinerzeit ein sanftes Kräuseln gewesen wäre. Diese Gefahr besteht zweifellos; doch sollte man ihr mit einiger Geschicklichkeit begegnen können.

Günther Eckstein, New York